

EUROPA Der Hildesheimer Historiker Michael Gehler spricht über Probleme der EU und Gründe, warum er positiv nach vorn blickt. Die Landesregierung zeigt am Beispiel von drei Städten, wie Nordrhein-Westfalen von der Gemeinschaft profitiert

„Die Union ist seit 2008 heillos überfordert“

Populistische Bedrohung, nationale Souveränität, Überforderung der Institutionen – der Kontinent steht im Jahr der Wahlen zum Europaparlament vor großen Aufgaben. Mit dem Geschichtspräsidenten Michael Gehler sprach darüber Helge Matthiesen.

Das Europaparlament steht vor der Neuwahl: Ist Europa den anstürmenden Populisten in seinem jetzigen Zustand gewachsen?

Michael Gehler: Es ist den Populisten in jedem Fall gewachsen. Die Kräfte vor allem der Rechten beziehen sich gerne auf das Europa der Vaterländer. Der Begriff geht auf Charles de Gaulle zurück und ist eigentlich ein Missverständnis. Gemeint war ein nationalstaatlich angelegtes, von Regierungszusammenarbeit geprägtes Europa. Das blendet jedoch aus, dass de Gaulle damals nicht die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, d. Red.) im Auge hatte, sondern primär eine Politik zur Schwächung der Nato betrieb. Die EWG hat er durch Abwertung des Franc und den Ausschluss der Briten hingegen gestärkt. De Gaulle war damit und durch seine Kooperation mit Adenauer einer der Väter des sich konsolidierenden Kerneuropas.

Dahinter steckt die Idee, den Nationalstaaten in Zukunft wieder mehr Entscheidungskompetenzen zu geben. Glauben Sie, dass dieser Gedanke Europa hilft?

Gehler: Die Frage mehr oder weniger Europa ist zu einfach gestellt und nicht pauschal zu beantworten. Man muss sich einzelne Politikfelder anschauen. Nehmen wir das Beispiel Sicherheit und Verteidigung. Wenn Sie an die Mängel des Informationsaustausches der Sicherheitsbehörden bei der Terrorismusbekämpfung denken, dann braucht es hier mehr Europa. Das Gleiche gilt beim Thema Migration, der Sicherung von Außengrenzen und einer europaweiten Einwanderungsregelung. Davon ist Europa meilenweit entfernt.

Und wo ist weniger Europa der richtige Weg?

Gehler: Das betrifft die Erweiterungen. Der Westbalkan, der jetzt in die EU drängt, wird sicher noch lange warten müssen. Die Türkei-Beitrittsgespräche muss man rückblickend eigentlich als eine Phantombesprechung beschreiben. Sie waren ein Fehler.

Was denken Sie über ein Feld wie die Sozialpolitik? Mehr oder weniger Europa?

Gehler: Das ist sicherlich eines der brennendsten Probleme, wenn wir an die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa oder die Abwanderung vor allem junger Menschen aus Südosteuropa denken. Hier ist eine Schärfung der sozialen Dimension notwendig. Ich halte die Stärkung des Europäischen Sozialfonds wie auch eine europäische Arbeitslosenversicherung für sinnvoll.

„Derzeit ist Deutschland eine lahme Ente in Europa“

Was ist die Ursache dafür?
Gehler: Die EU hat seit dem Unionsvertrag von Maastricht 1993 – länger gibt es die Union ja noch gar nicht – mehr erreicht als EWG und EG seit den Römischen Verträgen zusammen. Wir befinden uns in einer veritablen Wachstumskrise. Die Union ist in gewisser Weise Opfer ihres eigenen Erfolgs. Aus dieser Krise kann sie nur aus eigener Kraft herausfinden. Das wird aber noch eine ganze Weile dauern.

Die Union spricht selten über Erfolge. Ist das ihr Problem?

Gehler: Viele EU-Bürger können die Entwicklung nicht mehr nachvollziehen, geschweige denn verstehen. Das hat erhebliche Akzeptanzprobleme geschaffen. Die Intransparenz und sich überschnei-

Woran liegt es, wenn die Gewichte bei den Themen nicht stimmen?

Gehler: Die Agenda der Europäischen Union ist seit den 1990er Jahren geradezu explodiert. Die Zahl der Themen hat stark zugenommen, aber es fehlen in vielen Politikfeldern die Kompetenzen und die Mittel, um zu Entscheidungen zu kommen. Hier muss ein ehrlicher Diskurs der Mitgliedstaaten über die Leistungsfähigkeit Europas beginnen. Die Union ist nach dem Krisenjahrzehnt seit 2008 heillos überfordert.

dende Zuständigkeiten zwischen einzelnen EU-Organen wie auch zu den Mitgliedstaaten sind ein großes Problem. Die EU hat kein klares Gesicht. Vor lauter Präsidenten weiß man manchmal nicht, wer dort eigentlich das Sagen hat. Eine weitere Schwäche besteht darin, dass sie bei internationalen Krisen nicht mit einer Stimme spricht. Das Einstimmigkeitsprinzip in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik müsste fallen.

Kann Europa ein großes inneres Reformprojekt in seiner jetzigen Verfassung überhaupt schaffen?

Gehler: So ein Prozess könnte nur in einen neuen Unionsvertrag münden. Das halte ich derzeit für nicht realistisch. Viele Regierungen müssen auf starke europaskeptische Strömungen in ihren Ländern Rücksicht nehmen. Auf absehbare Zeit werden wir daher nur mit außervertraglichen Abmachungen weiterkommen, vergleichbar dem Schengen-Abkommen. Das ermöglicht dann weiteren Staaten, sich mit der Zeit einer Entwicklung anzuschließen.

Deutschlands Rolle in Europa wird vielfach kritisch gesehen. Welche Rolle kann Deutschland bei einem Reformprogramm spielen?

Gehler: Ohne Frankreich und ohne Deutschland geht es nicht. Leider ist die Konstellation mit der Radikalisierung in Frankreich und den unabsehbaren Folgen eines Brexits für den Finanzfrieden der

zeit nicht günstig. Deutschland hat sich außerdem seit 2017 in eine selbstverschuldete Isolierung begeben. Die verzögerte Regierungsbildung spielte dabei eine wichtige Rolle und der Streit zwischen CDU und CSU.

Niemand hat Emmanuel Macron auf seine Reformvorschläge geantwortet?

Gehler: Das Jahr 2018 war für Europa ein verlorenes Jahr. Es ist der-

sammenhalten. Das ist vor allem der Binnenmarkt. Das ist aber auch der Euro. Die weitgehende Rechtsgemeinschaft ist ein stabilisierender Faktor. Wir haben in Europa einen lebendigen Wissenschaftsraum durch den Erasmus-Austausch der jüngeren Generationen. Auch die Negativverfahren mit dem Brexit wird abschrecken und den Zusammenhalt nicht gefährden.

Europa begründet sich gerne und in vielen Sonntagsreden als Werteunion – brauchen wir ein neues Fundament, um Europa fester zu verankern?

Gehler: Diese Debatte ist mit Vorsicht zu genießen. Wir müssen uns immer fragen, von welchen Werten wir sprechen und welchen Werten wir den Vorzug geben. Werte können sehr gegensätzlich sein und in Konflikt geraten. So notwendig gemeinsame Vorstellungen wie Rechtsstaatlichkeit und -sicherheit als Voraussetzung für die Osterweiterung waren, so zwiespältig erweisen sie sich derzeit mit Blick auf die herrschenden Verhältnisse in Ländern wie Rumänien oder Bulgarien. Da gibt es abweichende Haltungen zu Nation oder zu Souveränität. Die gründen sich auf sehr unterschiedliche historische Erfahrungen, verschiedene politische Kulturen und Verfassungsverständnisse.

Das historische Erbe des Kontinents.



zeit offen, wie diese Achse mit einem neuen deutsch-französischen Vertrag funktionieren wird. Deutschland muss erst wieder innenpolitisch stabil werden, bevor es auf Initiativen von außen reagieren kann. Derzeit ist Deutschland eine lahme Ente in Europa.

Schauen Sie dennoch zuversichtlich nach vorne?

Gehler: Ich bin kein Pessimist. Es gibt viele Dinge, die Europa zu-

Gehler: Eine bestimmte Wertedominanz kann Gegenreaktionen hervorrufen. Es lohnt sich, innerhalb der EU eine Anerkennung und ein Gleichgewicht verschiedener Werte anzustreben. Wir müssen Europa in einem gewissen Rahmen viel mehr von seinen Verschiedenheiten denken und weniger aus einer einheitlichen Sicht.

Wie weit tragen denn diese Werte in Zukunft?

Gehler: Ein europäischer Wertepatriotismus ist Zukunftsmusik. Ich würde auch davor warnen, europäische Werte – Demokratie, Freiheit, Wahrheitssuche – in anmaßender Weise nach außen zu exportieren. Das hat sich als kontraproduktiv erwiesen. Es gilt, realistisch zu sein und Maß zu halten. Das nützt Europa in der weiteren Entwicklung.

Zur Person

Michael Gehler, geboren 1962, ist Professor für Geschichte an der Universität Hildesheim. Dergeburtige Österreicher ist Spezialist für die Geschichte der europäischen Integration. Sein Buch dazu: „Europa: Ideen, Institutionen, Vereinigung, Zusammenhalt“, Lau-Verlag Reinbek 2018, 1320 Seiten, ga



Eines von zwei Zentren des europäischen Parlamentarismus: der Plenarsaal in Brüssel. Im Vordergrund: Zwei Austauschschülerinnen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE

Wie Städte in Deutschlands Westen von der EU profitieren

NORDRHEIN-WESTFALEN Regierung greift beispielhaft drei Kommunen heraus. Mönchengladbach erhält 17 Millionen Euro, Oberhausen und Gütersloh etwa zehn

Von unserer Korrespondentin
KIRSTEN BIALDIGA

Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen profitieren stark von den Fördermitteln der Europäischen Union (EU). Allein eine mittlere Großstadt wie Mönchengladbach erhält in dieser Förderperiode von 2014 bis 2020 mehr als 17 Millionen Euro aus den verschiedenen Strukturfonds und Programmen der EU. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Hans-Willi Körfges hervor.

Das Gros davon, nämlich 9,1 Millionen Euro, kommt aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL).

Gefördert werden etwa die Verteilung von Schulobst, der ökologische Landbau, Tierschutzmaßnahmen oder die umweltfreundliche Ausbringung von Dünger. Zudem erhielt die Stadt Mönchengladbach eine halbe Million Euro aus dem Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen der EU.

Die Antwort der Landesregierung lässt Rückschlüsse zu, inwieweit die EU-Gelder tatsächlich vor-



Obst und Gemüse für Kinder: Die EU fördert das Programm, mit dem Jungen und Mädchen in ihren Schulen frische Lebensmittel erhalten. FOTO: DPA

Ort in den Städten und Gemeinden ankommen. Exemplarisch wurden dabei in einem ersten Schritt die drei Städte Mönchengladbach, Oberhausen und Gütersloh ausgewählt, um den Rahmen einer Kleinen Anfrage nicht zu sprengen.

Bisher wurden die EU-Hilfen meist nur bis auf Landesebene heruntergerechnet. Demzufolge fließen zwischen 2014 und 2020 EU-Finanzmittel von insgesamt 2,4 Milliarden Euro aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) nach Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommen die grenzüberschreitenden Program-

me und viele weitere Förderinstrumente, die nicht nach einzelnen Kommunen aufgeschlüsselt werden können. Dazu zählen das Studierendensprogramm Erasmus oder der Fonds für innere Sicherheit.

Oberhausen erhielt den Angaben zufolge mehr als 10 Millionen Euro von der EU. Ein Schwerpunkt lag auf der Integration von Zugewanderten mit 0,8 Millionen Euro. Die in ländlicher Umgebung gelegene Stadt Gütersloh bekam in dieser Förderperiode ebenfalls über 10 Millionen Euro bewilligt. 6,1 Millionen Euro kamen dort der Landwirtschaft zugute.